

Wahlprüfstein DIE LINKE

Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Humboldtsiedlung 17
02763 Zittau

Arbeitssituation im Gesundheitswesen

Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. ist der Berufsverband für Medizinische, Zahnmedizinische und Tiermedizinische Fachangestellte sowie angestellte Zahntechniker(inn)en und ihre unabhängige Gewerkschaft. Allein unsere Berufsangehörigen stellen mehr als 700 000 Wählerinnen und Wähler, Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Arbeit dem ambulanten Gesundheitswesen ein Gesicht geben.

Sach- und Fachkompetenz in medizinischen Berufen

1. Welche speziellen Konzepte hat Ihre Partei um die Sach- und Fachkompetenz unserer Berufsangehörigen noch besser zu nutzen und als festen Bestandteil in die medizinische Versorgung zu integrieren?

Medizinisch-technische Assistenzberufe übernehmen infolge einer Verknappung und Verteuerung ärztlicher Arbeitskraft zunehmend ärztliche oder als ärztlich definierte Tätigkeiten. Hierzu zählen u.a. die venöse Blutentnahme, intravenöse Medikamentengabe, Verbandswechsel, Wundversorgung und Schmerzmanagement. Nicht wenige Fachkräfte übernehmen ärztliche Tätigkeiten aber auch gern, da sie damit eine Aufwertung ihrer Tätigkeit verbinden. DIE LINKE unterstützt daher (Modell-) Projekte wie AGnES (Arztentlastende, Gemeinde-nahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention) und VeraH ("Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis"; hausärztliche Fachkräfte, die als Angestellte von Arztpraxen Hausbesuche vornehmen) um die Versorgungsqualität zu sichern. Um eine Aufwertung der Gesundheits- und Pflegeberufe zu erreichen, ist grundsätzlich eine Neuordnung anzustreben. Dabei muss die Frage erörtert werden, welche ärztlichen Tätigkeiten dauerhaft auf medizinische Fachangestellten und andere Gesundheitsberufe übertragen werden sollen. Das ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. unproblematisch, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind:

- *Die erforderlichen Qualifikationen müssen Gegenstand der Aus-, Fort- und Weiterbildung werden.*
- *Die Übernahme ärztlicher Tätigkeiten ist entsprechend ihrem Umfang in der Personalbemessung für Pflege- und medizinisch-technisches Assistenzpersonal zu berücksichtigen, so dass es nicht zu einer weiteren Arbeitsverdichtung kommt und eine genaue Abgrenzung der Aufgabenbeschreibung gewährleistet ist.*
- *Der Träger der Einrichtung sorgt für eine haftungsrechtliche Absicherung durch den Abschluss einer Haftpflichtversicherung, die auch mittlere und grobe Verhaltensweisen*

abdeckt. Eine dauerhafte Übertragung (Substitution) erfordert entsprechende Regelungen im Berufsrecht wie z.B. die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde.

Alterszahnheilkunde

2. Welche Rolle spielt für Sie die Alterszahnheilkunde und wo sehen Sie dabei die Zahnmedizinischen Fachangestellten?

Die zahnmedizinische Betreuung von Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedarf ist unbefriedigend. Viele können nur unter einem erhöhten personellen, instrumentellen und zeitlichen Aufwand zahnärztlich versorgt werden, was derzeit nicht in allen Praxen erbracht wird. Daraus resultieren lange Wartezeiten oder die Suche nach einer geeigneten Praxis. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese Leistungen entsprechend Eingang in die zahnärztliche Vergütung finden. Zahnmedizinischen Fachangestellten kommt eine besondere Bedeutung zur Prophylaxe und Prävention zu.

Gleichwertigkeit medizinischer Berufe

3. Wie wollen Sie geschlechterspezifische Ungleichheiten beseitigen, um eine Gleichwertigkeit der bisher von Frauen dominierten Gesundheitsfachberufe mit den technischen, kaufmännischen und verwaltenden Berufen herzustellen – im Hinblick auf Qualifizierung und Entlohnung?

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert „Gute Arbeit“ für Frauen: niedrige Löhne durch Minijobs und Leiharbeit müssen verhindert werden – durch das Angebot gut entlohnter, unbefristeter, sozialversicherungspflichtiger und flexibler Arbeitsverhältnisse und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde als untere Grenze, damit Lohndumping verhindert wird. Ein Entgeltgleichheitsgesetz soll „Gleichen Lohn für gleich(wertig)e Arbeit“ garantieren, Entgeltsysteme transparent machen sowie dazu verpflichten, eine geschlechtergerechte Neu- und Umbewertung der gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten und Tarifsysteme vorzunehmen. Es ist ungerecht, dass eine medizinische Fachangestellte schlechter bezahlt wird als ein Automechaniker.

Entgeltdiskriminierung soll durch ein echtes Klagerecht für Verbände im AGG ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Rahmenbedingungen für die Erwerbsarbeit von Frauen (und Männern) sind familiengerecht auszurichten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum „Entgegenkommen“ seitens der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sein. DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die Möglichkeit haben, Beruf, Familie, Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu integrieren. Um diesem Ziel im Rahmen einer kürzeren Vollzeit für alle näherzukommen, ist die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit über den Weg der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich notwendig sowie eine Diskussion über die Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Fachkräftemangel

4. Können wir uns diese Ressourcenverschwendung insbesondere bei der derzeitigen Fachkräftesituation leisten?

Im Gesundheits- und Pflegebereich sind tatsächlich Engpässe festzustellen. Das liegt auch daran, dass es sich teilweise um Berufe mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Entlohnung handelt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass es mehr gute Arbeit gibt und mehr Menschen einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Wir streiten für mehr gute Aus- und Weiterbildung, für gute Löhne, einen Mindestlohn und den Flächentarifvertrag – das alles sind gute Instrumente, um Engpässe in einzelnen Bereichen abzuwehren. Zudem ist es notwendig, bisher ungenutzte Erwerbspotenziale stärker in den Fokus zu nehmen. Das gilt für Ältere, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten, aber gerade auch für Frauen. Hier gilt es, Hindernisse abzubauen, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Stichworte sind: Barrierefreiheit, alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, die bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen sowie mehr Kinderbetreuung. Auch müssen die Rechte von Eltern als Beschäftigten gestärkt werden. Hier setzt sich DIE LINKE für ein Initiativrecht zur Gestaltung von Arbeitszeiten, einen verbesserten Kündigungsschutz und verbesserte Rückkehrrechte nach der Erziehungszeit sowie das Recht auf Rückkehr zu Vollzeit ein.

Kompetenzanerkennung

5. Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Kompetenzanerkennungsmodell aussehen?

Zentraler Bestandteil eines linken Ausbildungskonzepts ist, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu gewährleisten. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist dem Abitur gleichwertig und eröffnet den Weg an die Hochschule. Um eine Aufwertung der Gesundheitsfachberufe zu gewährleisten, ist eine grundsätzliche Neuordnung der Gesundheits- und Pflegeberufe anzustreben. Wir brauchen bundeseinheitliche Standards und Strukturen für alle Gesundheitsfachberufe sowie eine Klärung des Ausbildungsniveaus (akademisch, schulisch/ betrieblich) und eine Kompetenzorientierung bei den Abschlüssen. Wir setzen uns für eine breite Basisqualifikation ein, die durch spezifische Qualifikationen in Form von Weiterbildungen ergänzt werden können. Die horizontale und vertikale Durchlässigkeit innerhalb des Berufsbildungssystems muss durch Anrechnung erworbener Qualifikationen und Berufserfahrungen auf weitergehende Qualifizierung gesichert werden.

Fachkompetenz

6. Welche Vorstellungen haben Sie für die Nutzung dieser Fachkompetenzen über Berufsabschlüsse hinweg?

DIE LINKE hat sich in den Diskussionen um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) und Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) klar dafür ausgesprochen, nicht nur formale Abschlüsse zu vergleichen, sondern auch non-formale und informelle Qualifikationen einzubeziehen. Gerade in den Gesundheitsberufen muss durch entsprechende

Kompetenzbeschreibungen eine Zuordnung zu den Qualifikationsniveaus erfolgen, die eine Vergleichbarkeit auf europäischer und nationaler Ebene möglich macht, Anerkennung der Abschlüsse erleichtert und so Mobilität und Durchlässigkeit bis hin zum Hochschulstudium ermöglicht.

Tiermedizin

7. Wie wollen Sie diese Kompetenzen bei den künftig noch wachsenden Aufgaben in diesen Bereichen nutzen?

Aus Sicht der LINKEN können die Probleme in der Nutztierhaltung nur in enger und fairer Partnerschaft zwischen dem Agrarbetrieb und der Tierärzteschaft gelöst werden. Durch den Dreiklang eines auf Prävention ausgerichteten Bestandsmanagements, einer integrierten tierärztlichen Betreuung und betrieblicher Minimierungsprogramme kann die Tiergesundheit deutlich verbessert werden.

DIE LINKE bekennt sich zum tierärztlichen Dispensierrecht (vgl. Antrag auf Bundestagsdrucksache 17/8348). Seine Abschaffung würde bestehende Probleme nicht lösen, aber neue schaffen. Dies wird durch Erfahrungen aus Dänemark bestätigt. Gleichzeitig muss aber die Tierärzteschaft effektiv und konsequent gegen Fälle von Missbrauch des Dispensierrechtes in den eigenen Reihen vorgehen. Eine gute Tiergesundheit setzt die faire Partnerschaft zwischen den Berufsständen der Tierhalterinnen und Tierhalter sowie der Tierärztinnen und Tierärzte voraus. Das ist die Grundlage für gemeinsames Handeln. Die tierärztliche Versorgung ist eine wichtige Produktionsvoraussetzung für viele tierhaltende Betriebe in den ländlichen Räumen. Daher gilt es die Tierärzteschaft zu stärken und ihre Arbeit nicht unnötig zu erschweren. Gerade junge Tierärztinnen und Tierärzte können oft von ihrer Arbeit nicht leben. Das ist inakzeptabel. Entsprechende politische Hilfestellungen sind angebracht. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Anerkennung des tierärztlichen Beitrags zur Lebensmittelproduktion.

Gendergerechter Arbeitsmarkt

8. Welches Programm für eine gendergerechte Arbeitsmarktpolitik einschließlich einer gleichstellungsorientierten Altersvorsorge haben Sie?

Eine gendergerechte Arbeitsmarktpolitik fußt grundsätzlich auf der Forderung nach Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, sind in der Regel schlechter bezahlt. Das müssen wir ändern! Im europäischen Vergleich ist Deutschland eines der Schlusslichter im Bereich der Gleichstellung. DIE LINKE fordert nicht nur deshalb gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit (Equal Pay). Tätigkeiten, die gleichwertig sind dürfen nicht ungleich bezahlt werden. Die Eingruppierungskriterien der Tarifverträge müssen nach geschlechtergerechten Kriterien überarbeitet werden. Für einen effektiven Abbau struktureller Diskriminierungen ist ein Verbandsklagerecht im AGG notwendig, welches Verbänden ermöglicht, auch ohne individuell klagewillige Betroffene Klage zu erheben. DIE LINKE hat dazu im Bundestag parlamentarische Initiativen eingebracht. Nicht zuletzt muss ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft erarbeitet werden, das die Betriebe so lange auf Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet, bis das Ziel der gleichen Entlohnung von Frauen

und Männern erreicht ist. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns als Lohnuntergrenze ist zwingend notwendig, da Frauen von Dumpinglöhnen in großem Maße betroffen sind und gerade sie deshalb von einem Mindestlohn am meisten profitieren würden. DIE LINKE will Frauen jeden Alters und jeder Familienform ermöglichen, ihre Existenz und die ihrer Kinder über die Teilhabe an Erwerbsarbeit oder über ausreichende Sozialversicherungsansprüche zu sichern. Dazu wollen wir Vereinbarkeit von Familie und Beruf entschieden verbessern. Zentral ist hierfür der Ausbau einer bedarfsgerechten, flächendeckenden, gebührenfreien und qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung und der Ganztagschulen. Außerdem brauchen wir eine familienfreundliche Umgestaltung der Arbeitswelt, die Frauen und Männern – ob allein oder gemeinsam erziehend - ermöglicht, neben dem Beruf Sorge für Kinder oder Angehörige zu tragen und gleichzeitig ausreichend freie und gemeinsame Zeit für Kinder und Familie zu haben. Dazu gehört für uns ein erweiterter Kündigungsschutz für Eltern, das Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz nach der Elternzeit, ein Initiativrecht zur Gestaltung der Arbeitszeit und zur Rückkehr auf einen Vollzeitarbeitsplatz sowie die bessere Förderung von Alleinerziehenden.

Altersarmut von Frauen

9. Wie wollen Sie Altersarmut von Frauen verhindern?

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zentral dafür, dass Frauen ausreichend eigenständige Rentenansprüche aufbauen können. Die dauerhafte Aufwertung von Zeiten des Niedriglohnbezugs und ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde verhelfen gerade Frauen zu einer höheren Rente. Wir wollen die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente verbessern: Auch für vor 1992 geborene Kinder sollen drei Jahre zum Durchschnittsverdienst anerkannt werden. Außerdem wollen wir bessere Beiträge für die Pflege von Angehörigen. Unser primäres Ziel ist eine gute eigenständige Alterssicherung für Frauen. Dies wollen wir durch eine entschiedene Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinder(ganz)tagesbetreuung sowie die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt, durch gute Arbeit und gute Löhne sowie die Stärkung der gesetzlichen Rente erreichen. Damit auch die Frauen (und Männer) im Alter ein Leben in Würde und frei von Armut führen können, die trotzdem keine ausreichende Rentenanwartschaft aufbauen konnten, wollen wir eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einführen, die jede/r in Deutschland lebende Mensch erhält, der nicht über genügend Einkommen oder Vermögen verfügt.

Minijobs

10. Welche Schritte zur Reform der Minijobs werden Sie als erstes einleiten?

DIE LINKE fordert die Gleichstellung von Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Abhängige Beschäftigung soll ohne Ausnahme ab dem ersten Euro Entgelt der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Gleichzeitig muss ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und die öffentlichen, vor allem sozialen Dienstleistungen ausgebaut werden, um neue Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.